



Geschäftsführung Rechnungsprüfungsausschuss

Frau Duggan

Telefon: (0221) 221-22928

Fax: (0221) 221-25501

E-Mail: simone.duggan@stadt-koeln.de

Datum: 18.11.2015

Niederschrift

über die **8. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 05.11.2015, 17:00 Uhr bis 19:15 Uhr, , Rathaus, Spanischer Bau, Heinrich-Böll-Saal Nr. B 120

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Sven Kaske	SPD	
Frau Erika Oedingen	SPD	
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Frau Luisa Schwab	Grüne	
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	
Herr Reinhard Houben	FDP	
Herr Andreas Pöttgen	SPD	Vertreter für Herrn Krupp
Frau Ira Sommer	CDU	Vertreterin für Herrn Erkelenz

Beratende Mitglieder

Herr Roger Beckamp	AfD
--------------------	-----

Verwaltung

Herr Dr. Lothar Becker	301
Jenny Conze	41-2
Frau Josefine de Buhr	II
Herr Klaus Friedel	200
Herr Guido Kahlen	I
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	IV
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug	II

Herr Heribert Krichel	660
Herr Gerd Neweling	69
Frau Petra Rinnenburger	26
Herr Manfred Ropertz	202
Herr Dieter Sanden	52
Herr Sören Schilling	693-11
Herr Gero Schmidt	27
Frau Bettina Schmidt-Czaia	44
Herr Daniel Sörgel	301
Herr Patrick Wasserbauer	46

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Herr Detjen alle Anwesenden. Herrn Detjen macht deutlich, dass die Berichte über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2008 bis 2011 und 2012 einer intensiven Diskussion und Vorberatung bedurften. Infolgedessen musste die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses um eine Woche verschoben werden. Trotz dieser Verzögerung könne die vorgesehene Beratungsreihenfolge mit Finanzausschuss und Rat eingehalten werden, so dass eine Entlastung des Oberbürgermeisters/ der Oberbürgermeisterin weiterhin noch in diesem Jahr möglich sei.

Er eröffnet die Sitzung und weist auf folgende Zusetzungen zur Tagesordnung hin:

- 2.1 Evaluation von ÖPP-Projekten - Wirtschaftlichkeitsvergleich,
Rechnungsprüfungsausschuss 07.05.2015, TOP 15.1
Anfrage von Herrn Detjen
3026/2015
- 6.2 Spätere Fertigstellung des Historischen Archivs am Eifelwall
Bericht der Projektleitung
3262/2015
- 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Monatsbericht September 2015
3122/2015
- 10.1 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2010 und 1. bis 3. Quartal 2011
hier: Beantwortung von Nachfragen des Herrn Marx aus den Sitzungen des
Rechnungsprüfungsausschusses
vom 21.06.2012 zu TOP 6.2 (1043/2012),
vom 30.08.2012 zu TOP 10.2 (2756/2012),
vom 29.11.2012 zu TOP 10.2 (3703/2012),
vom 21.02.2013 zu TOP 10.3 (0297/2013),

vom 19.09.2013 zu TOP 10.5 (2351/2013),
vom 21.11.2013 zu TOP 10.5 (3478/2013) und
vom 13.03.2014 zu TOP 10.2 (0352/2014)
3047/2015

- 10.2 Sachstand Brücke Aachener Weiher - Information des Ausschusses über die Kostenentwicklung
Rechnungsprüfungsausschuss 17.04.2012, TOP 17.2, 21.06.2012, TOP 10.2 und 13.02.2014, TOP 8.1
Anfragen von Herrn Axel Kaske
3188/2015
- 14.1 Abwicklung der Schadensersatzansprüche gegen Unternehmer wegen Korruptionsdelikten,
Sachstandsbericht
Rechnungsprüfungsausschuss 20.11.2014, TOP 14.3
2938/2015
- 15.1 Sanierung Rathaus "Spanischer Bau" - Juristische Auseinandersetzungen, Berichterstattung
Rechnungsprüfungsausschuss 04.11.2010, TOP 9.4 und 05.05.2014, TOP 10.4
2916/2015
- 15.2 Halbjährliche Berichterstattung zu den Angelegenheiten "Spanischer Bau, Erfahrungsbereich ÖPP-Projekte" und "Information der Fachausschüsse über Qualitätsstandards"
Rechnungsprüfungsausschuss 05.05.2014, TOP 10.4
Anfrage von Frau Möller
3080/2015

Herr Detjen informiert, dass sich der Stadtdirektor Herr Kahlen eventuell aus Termingründen verspäten werde. Die Beigeordnete Frau Dr. Klein werde aufgrund des parallel stattfindenden Sportausschusses erst am Ende der Sitzung eintreffen. Vor diesem Hintergrund schlägt er vor, die Beratung des TOPs 13.1 nach TOP 17 aufzunehmen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist mit den Zusetzungen zur Tagesordnung und mit der Änderung der Beratungsreihenfolge einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Evaluation von ÖPP-Projekten - Wirtschaftlichkeitsvergleich,
Rechnungsprüfungsausschuss 07.05.2015, TOP 15.1
Anfrage von Herrn Detjen
3026/2015

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum
31.12.2011
2897/2015

- 5.2 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum
31.12.2012
2900/2015

6 Mitteilungen

- 6.1 Projekt zur Einführung eines neuen integrierten Kassen- und Einnahmema-
nagementverfahrens (SAP PSCD)
6. Sachstandsbericht
Rechnungsprüfungsausschuss 03.09.2015, TOP 6.1
2956/2015

- 6.2 Spätere Fertigstellung des Historischen Archivs am Eifelwall
Bericht der Projektleitung
3262/2015

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

8 Anfragen

8.1 Brief der Handwerkskammer zu Köln vom 29.10.2015
Anfrage von Herrn Detjen

**9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offen-
bachplatz**

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Monatsbericht September 2015
3122/2015

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Evaluation von ÖPP-Projekten - Wirtschaftlichkeitsvergleich, Rechnungsprüfungsausschuss 07.05.2015, TOP 15.1 Anfrage von Herrn Detjen 3026/2015

Herr Detjen bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Er erkundigt sich, ob eine massivere Bauweise von Gebäuden auch zu einem höheren Lebenszyklus von beispielsweise 40 Jahren führen könnte und ob dies bei vergleichenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen berücksichtigt wurde. Zudem hätte er sich eine deutlichere Aussage zum Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung gewünscht.

Frau Möller bemängelt, dass man nicht nachvollziehen könne, welche Realisierungsvariante nun tatsächlich günstiger sei. Ihr fällt es schwer zu glauben, dass eine Betrachtung der Wirtschaftlichkeit nicht bis ins Detail möglich sein soll. Insgesamt wirke der Bericht sehr interessengeleitet. Sie bittet um eine detaillierte und objektive Darstellung der Wirtschaftlichkeit.

Die Beantwortung der zuvor gestellten Fragen möchte Herr Detjen in der nächsten Sitzung ausführlich diskutieren.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine Anträge gestellt.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine Anfragen gestellt.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum 31.12.2011 2897/2015

Herr Detjen bedankt sich bei den zuständigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Rechnungsprüfungsamtes für die realistische Berichterstattung. Er hebt die Bedeu-

tung des Ergebnisses der heutigen Beratung für die Genehmigung des Haushaltes 2015 hervor. Er bittet darum, zunächst die Punkte 3-9 des Prüfberichtes zu diskutieren und anschließend über Punkt 10 „Bestätigungsvermerk“ zu beraten.

Frau Möller schlägt vor, die beiden Berichte zusammen zu behandeln.

Alle Mitglieder sind einverstanden. Die Berichte werden unter TOP 5.1 zusammen behandelt. Die Beschlüsse werden jedoch gesondert, unter TOP 5.1 und TOP 5.2 gefasst.

Frau Möller stellt fest, dass die mit der Eröffnungsbilanz des Jahres 2008 dargestellten Problemlagen mit der heute vorliegenden Berichterstattung zu den Jahresabschlüssen 2008 bis 2011 sowie 2012 leider fortgeschrieben werden mussten. Sie bemängelt, dass offensichtlich zu wenig Personal vorhanden sei und ein erheblicher Fortbildungsbedarf bestehe. Auch kritisiert Sie die Defizite in der Belegablage. Sie bittet die Verwaltung darzulegen, welche Konsequenzen aus den aufgezeigten Mängeln insbesondere bezogen auf die Bereiche Qualifizierung und Optimierung der Belegablage gezogen wurden, um für die Zukunft testierfähige Jahresabschlüsse vorlegen zu können.

Frau Dresler-Graf verdeutlicht, dass die Berichte relativ kurzfristig vorgelegt worden seien und eine intensive sachangemessene Auseinandersetzung damit zunächst nicht möglich war. Die Verschiebung des ursprünglich angesetzten Sitzungstermins um eine Woche sei damit unumgänglich gewesen. Dennoch sei ihr die Entscheidung zur eingeschränkten Testierung der Jahresabschlüsse im Hinblick auf die in den Berichten aufgezeigten gravierenden Mängel nicht leicht gefallen. Sie sei sich aber ihrer Verantwortung bewusst und wisse um die Konsequenzen aus ihrer Entscheidung für den Haushalt 2015 und die sich hieraus ergebenden Folgerungen für die freien Träger sowie für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt Köln. Da laut Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes keine systematischen Fehler in Bewertungsfragen, zum Beispiel bei den Grundstücken und Straßen, festgestellt wurden und Maßnahmen zur Verbesserungen für die Zukunft erwartet werden können, habe sie sich dennoch dazu entschlossen, einer Testierung mit Einschränkungen zuzustimmen. Dennoch verdeutlicht sie noch einmal die nicht hinnehmbaren Mängel, welche sie in ihrem Ausmaß überrascht hätten. Sie verweist hier auf die nach wie vor nicht realisierte Einführung des neuen Kassenverfahrens sowie die ungenügende bzw. gänzlich fehlende fachliche Qualifizierung der zuständigen Mitarbeiter. Frau Dresler-Graf bittet um einen konkreten Zeit-Maßnahmenplan für die Realisierung der notwendigen Schulungen. Sie regt an, gegebenenfalls auch die Stellenbewertungen anzupassen, um die Stellen attraktiver zu machen und die bestehende Fluktuation einzudämmen. Des Weiteren möchte Sie den Sachstand beim Lizenz- und Vertragsmanagement erfahren und bittet auch hier um einen Zeit-Maßnahmenplan.

Herr Brust teilt mit, dass er den Vorschlag mittragen werde, da Handlungsalternativen nicht bestehen würden. Die in dezentraler Verantwortung liegenden Fehler und Mängel bedürften seiner Ansicht nach einer zentralen Steuerung durch Arbeitsanweisungen und Fachaufsicht.

Herr Detjen weist darauf hin, dass die Berichte sich auf die Haushaltsjahre 2011 bzw. 2012 beziehen würden. Er möchte deshalb erfahren, welche Veränderungen innerhalb der letzten Jahre erfolgt seien. Vor allen Dingen beschäftigt ihn, ob in Sachen „Aus- und Fortbildung“ ein Wandel stattgefunden habe. Des Weiteren sei er von den dargestellten Mängeln in der Belegführung erschüttert gewesen. Auch hier möchte er den

aktuellen Sachstand erfahren und mahnt an, dass mehr Sensibilität für die Ablage der Belege bei den Mitarbeitern entwickelt werden müsse. Eine prüf- und nachvollziehbare Belegablage diene vor allen Dingen zum Schutze der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und mache sie weniger angreifbar. Zuletzt möchte er wissen, ob zwischenzeitlich ein Inventurleitfaden entwickelt wurde und in der Praxis angewendet werde.

Herr Houben empfindet die in den Berichten dargestellten Mängel weniger überraschend, da man schon anhand des in der Eröffnungsbilanz aufgezeigten Berichtsbildes erahnen konnte, welche Mängel in den nachfolgenden Berichten zu beurteilen sein würden. Auch er sehe keine Alternative zur vorgeschlagenen eingeschränkten Testierung der Jahresabschlüsse. Er gibt jedoch zu bedenken, dass in der freien Wirtschaft Feststellungen in dieser Größenordnung zu keiner Testierung (auch nicht eingeschränkt) geführt hätten. Zudem bedauert er, dass die hier zu beratende spezielle und recht komplizierte Sachlage, keine große Wahrnehmung in der Öffentlichkeit erfahre. Dennoch bedankt er sich beim Rechnungsprüfungsamt für die umfassende Berichterstattung.

Des Weiteren fordert Herr Houben, dass der Druck auf die Verwaltung hin zu Verbesserungen aufrechterhalten werden müsse. Zum Beispiel halte er es weder für akzeptabel, noch für nachvollziehbar, dass sich die Landesbeamten in den Schulen weigern würden, eine Inventur durchzuführen. Darüber hinaus merkt er an, dass das Kassenverfahren auch im nächsten Jahr nicht eingeführt sein werde und dies seiner Einschätzung nach weiterhin nur eine eingeschränkte Testierung der Jahresabschlüsse zur Folge habe.

Frau Henk-Hollstein fragt nach, ob davon ausgegangen werden könne, dass die jetzigen Mängel mit dem Jahresabschluss 2017 beseitigt sein werden und ein testierfähiger Jahresabschluss vorgelegt werden könne. Außerdem verdeutlicht sie, dass es ihr an Stelle des Ausschussvorsitzenden, Herrn Detjen, überaus schwer fallen würde, die Bestätigungsvermerke für die Jahresabschlüsse 2008 bis 2011 sowie 2012 heute zu unterzeichnen. Sie erhofft deshalb von der Verwaltung eine adäquate perspektivische Problemlösung, um das eingeschränkte Testat dieses Mal mittragen zu können. Sie hält ebenfalls eine digitale Belegablage und ein Lizenzmanagement für zwingend erforderlich.

Herr Dr. Unna ist verwundert, dass man einen Systemwechsel (von der Kameralistik zur Doppik) ohne angemessene Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ohne externe Beratung vollzogen habe. Die in den Prüfberichten dargelegten Schwächen und Mängel seien für ihn damit unabdingbar. Er möchte erfahren, wann ein einheitliches digitales Ablagesystem realisiert werden könne. Außerdem hofft er, dass der nächste Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 noch in der ersten Hälfte des folgenden Jahres vorgelegt werde.

Herr Hemsing erklärt, dass der Entwurf des Jahresabschlusses 2013 bereits zur Prüfung beim Rechnungsprüfungsamt vorliegt. Er rechnet damit, dass im Frühjahr des nächsten Jahres der Bericht vorgelegt werden könne. Ziel sei es, mit der Berichterstattung näher an das aktuelle Haushaltsjahr heran zu rücken, da ein Jahresabschluss besonders von Nutzen sei, wenn dieser zu den Haushaltsplanberatungen des Folgejahres vorliege. Weiterhin schlägt Herr Hemsing der Verwaltung vor, die heute und im Bericht angesprochenen Themenblöcke mit Bearbeitungsnotwendigkeiten zusammenzustellen (z.B. Lizenz- und Vertragsmanagement, digitales Ablagesystem, Schulungen in PSCD etc.) und einen inhaltlichen wie zeitlichen Überblick für den Ausschuss in Form einer Mitteilung zu erstellen. Zudem spricht sich Herr Hemsing für die

Einführung der stadtweiten digitalen Belegablage aus. Ihm sei die Schwierigkeit einer solchen Einführung bewusst, jedoch würde dies einen Mehrwert für die gesamte Buchführung darstellen. Dementsprechend müsse das entsprechende Vorhaben auch noch vor 2017 angegangen werden. Im Übrigen erhofft er sich eine Grundverbesserung der Buchführungsqualität nach Einführung des Kassenverfahrens PSCD in 2017. Eine Prognose, wie Frau Henk-Hollstein sie sich erhofft habe, könne er jedoch nicht abgeben.

Herr Detjen begrüßt den Vorschlag von Herrn Hemsing. Bezüglich der verspäteten Einführung von PSCD möchte Herr Detjen nun detailliert erfahren, wie die gewonnene Zeit in puncto Qualifizierung und Ausbildung des Personals genutzt werde. Zudem richtet er die Frage an Herrn Heller, weshalb die Instandhaltungsrückstellungen in 2012 deutlich angestiegen seien.

Herr Heller erklärt Sinn und Zweck der Instandhaltungsrückstellungen sowie deren Entwicklung in 2012. Er erläutert außerdem an diesem Beispiel, dass die Verwaltung erste Schritte in Richtung interner Kontrollen unternommen hat.

Frau Klug verdeutlicht, dass nur mit der Einführung von NKF laufend Auskünfte über die Entwicklung des gemeindlichen Vermögens erteilt werden können. Durch zwei vor dem Jahre 2010 getroffene - aus heutiger Sicht bedauerliche - Grundsatzentscheidungen sei es jedoch zu erheblichen zeitlichen Problemen bei der Systemumsetzung gekommen. Man habe bisher fünf Jahresabschlüsse aufgestellt, so dass man nun im Jahre 2012 angekommen sei. Zusammen mit dem Rechnungsprüfungsamt sei sehr gute Arbeit geleistet worden. Durch gemeinsamen Austausch wurden Prozessmängel aber auch Schwachstellen unter anderem aufgrund des fehlenden integrierten Kassensystems, deutlich. Aber auch die Vielzahl von einzelnen Fachverfahren, welche dem dezentralen System geschuldet seien, mache es notwendig, Projekte wie z.B. das Projekt „Integriertes Kassen- und Einnahmemanagementverfahren PSCD“ oder auch das Projekt „Verbesserung der Qualität im Rechnungswesen“ ins Leben zu rufen. Das Bestreben sei, aus Fehlern nachhaltig zu lernen. Aus diesem Grund, sei sie auch sehr dankbar für die Berichte des Rechnungsprüfungsamtes und freue sich über jede Diskussion. Zudem weist sie darauf hin, dass bei der Einführung von NKF bisher keine externe Unterstützung in Anspruch genommen wurde. Bezüglich des Jahresabschluss 2017 kann sie noch nicht die Ausräumung aller Mängel zusagen. Sie begrüße jedoch die Aussage von Frau Henk-Hollstein und verdeutlicht, dass sie der Verwaltung damit ein Ziel gesetzt habe. Sie hofft, dass die noch ausstehenden Prozesse auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kurzfristig realisiert werden können.

Frau Klug sagt zur nächsten Sitzung einen Zeit-/Maßnahmenplan zu, aus dem die einzelnen Schritte zur Ausräumung der in der heutigen Diskussion angesprochenen Kritikpunkte und der Maßnahmenbausteine zu entnehmen sein werden. Es sei jedoch nicht auszuschließen, dass durch unvorhersehbare Ereignisse, diese Planungen in der Zeitfolge angepasst werden müssten.

Herr Friedel verdeutlicht, dass sein Arbeiten darauf ausgerichtet sei, kritikwürdige Altzustände auszuräumen und hierdurch zukunftsorientiert Ressourcen freizusetzen. Vorrangig sei die Ablösung des Kassenverfahrens. Das System werde nun zum 01.01.2017 mit der nötigen Qualitätssicherung eingeführt. Auch weist er darauf hin, dass mit PSCD eine Organisationsveränderung in Richtung einer zentraleren Aufgabenwahrnehmung in der Buchführung geplant sei. Dieser Wechsel verlange eine zentrale Finanzbuchhaltung. Dieses Projekt werde in Kürze in Zusammenarbeit mit 11-

Amt für Personal, Organisation und Innovation- starten und seiner Einschätzung nach 3 Jahre andauern. Jedoch gehe er bereits jetzt davon aus, dass nach nur einem Jahr mit dem System PSCD deutliche Verbesserungen eintreten werden.

Der vom Ausschuss angemahnte Inventurleitfaden sei erarbeitet. Probleme bestehen bei den unbeweglichen Vermögensgegenständen, z.B. bei Straßen und Grundstücken. Zur Belegablage erläutert Herr Friedel, dass eine Vorgabe bereits entwickelt wurde, jedoch Einzelfehler nie verhindert werden können. Seiner Einschätzung nach, werde die Zukunft in Richtung elektronischer Ablage gehen. Momentan sei es so, dass einige Ämter die elektronische Ablage eingeführt hätten, die große Klammer einer gesamtstädtischen elektronischen Ablage jedoch noch nicht realisiert sei. Eine Realisierung innerhalb von nur zwei Jahren sei nicht möglich, da ein Workflow der Belegkette abgebildet werden müsse und die Größe der Stadtverwaltung sowie die Unterschiedlichkeit der einzelnen Dezernate und Ämter ein komplexes System verlange. Es werde ein Zeitplan zur Einführung der digitalen Belegablage vorgelegt, an dem sich die Verwaltung dann auch messen lassen müsse.

Bezüglich der Schulungsfrage kann Herr Friedel positiv berichten, dass in 2014/2015 intensive Schulungen für 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stattgefunden haben. Er bestätigt, dass alle, die mit PSCD arbeiten werden, eine Schulung erhalten und an das System herangeführt werden. Auch auf die von Frau Dresler-Graf angesprochene Bewertung von Grundstücken möchte Herr Friedel eingehen. Bei der Bewertung der Grundstücke fehle es vor allen Dingen an der Ressource Personal. Hingegen sei man bei den Straßenbewertungen dabei, ein Kataster für 2016 aufzubauen, so dass Ende 2016 ein besserer Überblick über die Straßenbereiche und Zustände ermöglicht werde.

Bezüglich der Ziffer 10 „Bestätigungsvermerk“ führt Herr Hemsing aus, dass die im Bericht dargestellten Feststellungen nicht mehr durch die Kämmerei ausgeräumt werden konnten. Demzufolge konnte nur ein eingeschränktes Testat empfohlen werden. Ein Großteil der Feststellungen sei auf das fehlende integrierte Kassensystem zurückzuführen. Dennoch kann er dem Vorsitzenden, Herrn Detjen, empfehlen, den Bestätigungsvermerk zu unterschreiben. Es wurden keine systematischen Fehler festgestellt, die den Jahresabschluss einseitig in eine bestimmte Richtung verfälscht. Damit entspricht der Jahresabschluss mit Anhang und Lagebericht im Wesentlichen noch den tatsächlichen Verhältnissen der Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Köln.

Beschluss:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Stadt Köln zum 31.12.2011 zur Kenntnis und beschließt nach eingehender Beratung:
 - Der Ausschuss schließt sich dem eingeschränkten Bestätigungsvermerk des RPA an und erklärt den Bericht zu seinem Bericht im Sinne von § 101 GO NRW.
 - Er empfiehlt dem Rat die Feststellung des Jahresabschlusses 2011 und die Entlastung des Oberbürgermeisters / der Oberbürgermeisterin gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW.
 - Ferner empfiehlt er dem Rat, die Verwaltung mit der Beseitigung der im Bericht beschriebenen Mängel zu beauftragen.
2. Der Rat beschließt:

- Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss der Stadt Köln zum 31.12.2011 wird festgestellt.
- Dem Oberbürgermeister / der Oberbürgermeisterin wird die Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW erteilt.
- Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 182.125.182,65 € wird durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage ausgeglichen.
- Die Verwaltung wird beauftragt schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um die beschriebenen Mängel abzubauen.
- Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, über die weitere Entwicklung in Zusammenhang mit seinen Prüfungen im Rechnungsprüfungsausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum 31.12.2012
2900/2015**

Die Beratung erfolgte unter TOP 5.1.

Beschluss:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Stadt Köln zum 31.12.2012 zur Kenntnis und beschließt nach eingehender Beratung:
 - Der Ausschuss schließt sich dem eingeschränkten Bestätigungsvermerk des RPA an und erklärt den Bericht zu seinem Bericht im Sinne von § 101 GO NRW.
 - Er empfiehlt dem Rat die Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und die Entlastung des Oberbürgermeisters / der Oberbürgermeisterin gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW.
 - Ferner empfiehlt er dem Rat, die Verwaltung mit der Beseitigung der im Bericht beschriebenen Mängel zu beauftragen.
2. Der Rat beschließt:
 - Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss der Stadt Köln zum 31.12.2012 wird festgestellt.
 - Dem Oberbürgermeister / der Oberbürgermeisterin wird die Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW erteilt.
 - Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 241.204.667,25 € wird durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage ausgeglichen.
 - Die Verwaltung wird beauftragt schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um die beschriebenen Mängel abzubauen.

- Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, über die weitere Entwicklung in Zusammenhang mit seinen Prüfungen im Rechnungsprüfungsausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

6.1 Projekt zur Einführung eines neuen integrierten Kassen- und Einnahmemanagementverfahrens (SAP PSCD)

6. Sachstandsbericht

Rechnungsprüfungsausschuss 03.09.2015, TOP 6.1 2956/2015

Frau de Buhr berichtet, dass der durchgeführte Integrationstest gezeigt habe, dass zur Einführung des integrierten Kassen- und Einnahmemanagementverfahrens noch mehr Qualitätssicherung nötig sei. Es werde jedoch ein Parallelbetrieb von SAP PSCD und Indafin im Bereich der Gewerbesteuer ab 01.01.2016 gestartet. Hierdurch könnten wertvolle Erkenntnisse für die spätere Vollproduktivsetzung gezogen werden. Um die zur Produktivsetzung geforderten Funktionalitäten und Qualitätsanforderungen sicherstellen zu können, bedürfe es jedoch eines erhöhten Berater- als auch Programmieraufwandes. Sie stellt dar, dass aufgrund des Veränderungsmanagementkonzepts, nun jeweils zwei Multiplikatoren pro Team in SAP PSCD geschult wurden und somit Fragen, Sorgen, Unsicherheiten und Ängste in den Teams abgebaut werden könnten. Hier sei die verzögerte Einführung sogar von Vorteil. Zudem unterstreicht sie, dass das Projekt im Grunde erst mit dem Beschluss zum Lizenzerwerb und dem Einkauf der Beraterleistungen gestartet werden konnte und man auch mit der Verschiebung der Vollproduktivsetzung um ein Jahr, noch sehr gut in der Zeit liege. Als Beispiel führt sie dazu die automatisierte Zahlungszuordnung an.

Herr Dr. Unna weist auf eingetretene erhebliche Probleme bei der Softwareumstellung der Kliniken hin. Er begrüßt deshalb den Parallelbetrieb und hofft, dass dieser bis zur vollständigen Prozesssicherheit beibehalten werde. Darüber hinaus stellt sich ihm die Frage, ob SAP PSCD in dieser Form schon in anderen Kommunen mit vergleichbarer Größe und Struktur eingesetzt wurde.

Frau de Buhr bestätigt, dass SAP PSCD bereits in Hamburg, München und Düsseldorf eingeführt wurde bzw. sich noch in der Einführung befinde und man keinesfalls als Testkommune herangezogen wurde.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 Spätere Fertigstellung des Historischen Archivs am Eifelwall

Bericht der Projektleitung

3262/2015

Herr Hemsing schildert, dass die mediale Berichterstattung zur Einbindung des Rechnungsprüfungsamtes in dem Zeitungsartikel „Jeder Monat Verzögerung kostet Köln Geld“ aus seiner Sicht die heutige Mitteilung zwingend erforderlich gemacht habe. Er

befürchte, dass hier versucht werde „Stimmung gegen Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes“ zu machen. Er erläutert, dass das Rechnungsprüfungsamt zur Beschleunigung der Verfahrensabläufe bereits frühzeitig im Mai 2009, zu Beginn des Konjunkturprogrammes II, die Vorlagepflichten vereinfacht und durch ein nur wenige Tage umfassendes Stichprobenverfahren ersetzt habe. Die Verzögerung und Verteuerung des Projektes sei damit sicherlich nicht auf die Prüftätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes zurückzuführen. In der Regel erwiesen sich die rechtlich erforderlichen Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes für die Verwaltung als vorteilhaft.

Frau Rinnenburger entschuldigt sich für die unglückliche Sachdarstellung im Unterausschuss Kulturbauten und teilt mit, dass es sich hier um ein Missverständnis handeln würde. Der Mitarbeiter habe darstellen wollen, dass in einem Terminplan nur der planbare Ablauf dargestellt werden könne, nicht aber unkalkulierbare Risiken. Eingetretene Verzögerungen im Projektablauf seien keinesfalls in der Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes zu suchen.

Nach Auffassung von Herr Detjen führt der Einsatz von fachlichem Knowhow im Vergabeverfahren zu Qualitätssteigerung und Problemverhinderung. Er hebt hervor, dass der Ausschuss voll hinter dem Prüfauftrag des Rechnungsprüfungsausschusses zur Vergabeprüfung stehe.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Es liegen keine Beratungsergebnisse vor.

8 Anfragen

8.1 Brief der Handwerkskammer zu Köln vom 29.10.2015 Anfrage von Herrn Detjen

Herr Detjen berichtet, dass er einen Brief der Handwerkskammer erhalten habe. Hierin bittet diese, dass das Rechnungsprüfungsamt seine Einbindungen bei Baumaßnahmen reduzieren solle. Mit Blick auf die Beratung zum vorausgegangenen TOP unterstreicht Herr Detjen nochmals die Wichtigkeit der Prüfungen durch das Rechnungsprüfungsamt.

Des Weiteren bittet er Herrn Hemsing um eine Stellungnahme zum nächsten Ausschuss.

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Monatsbericht September 2015 3122/2015

Herr Detjen bittet darum, die Entwicklung der Kosten aufzuzeigen und fragt nach, ob sich ein zeitlicher Rahmen in Bezug auf die Fertigstellung der Baustellen abzeichne.

Frau Möller geht auf den Zeitungsartikel „Die Kölner Oper-Baustelle versinkt im Chaos“ vom 22.10.2015 aus dem KölnerStadtAnzeiger ein. Sie möchte über den aktuellen Stand von Trennung Bauleitung und Bauplanung informiert werden. Weiterhin fragt sie sich, ob bei den diversen festgestellten Ausfertigungsfehlern Regressmöglichkeiten geprüft werden. Zudem möchte sie erfahren, ob die Kündigung der Firma ImTech zwischenzeitlich ausgesprochen wurde. Des Weiteren erbittet sie eine Berichterstattung zu dem Problem der Kabelsabotage.

Herr Wasserbauer berichtet, dass am 02.11.2015 die Proben im Staatenhaus begonnen hätten und die Premiere am 15.11.2015 gesichert sei. Hinsichtlich der im Bericht verzeichneten Kostensteigerungen gibt er an, dass zuerst einmal alle Nachträge (ob berechtigt oder unberechtigt) aufgenommen wurden und diese nun einer Prüfung unterzogen werden würden. Eine Überschreitung des Kostenrahmens könne hieraus nicht abgeleitet werden. Zur fehlenden Terminübersicht im Bericht teilt er mit, dass diese momentan überarbeitet werde und ab circa Mitte November 2015 fertig gestellt sein wird. Mehrkosten aufgrund der Kabel-Sabotage im Bereich der kabelführenden Gewerke wie Stark- und Schwachstrom könnten noch nicht beziffert werden. Die Kabel selber seien jedoch Eigentum der Firmen, welche Anzeige gegen Unbekannt gestellt hätten. Seit der Verstärkung des Wachdienstes seien keine Vorkommnisse mehr gemeldet worden.

Herr Dr. Unna fragt nach, welche Mehrkosten durch die Sabotage für die Stadt Köln entstehen könnten, wenn noch keine Eigentumsübertagung stattgefunden habe. Auch die erhöhte Frequenz des Wachdienstes müsse nicht zwangsläufig zu Mehrkosten bei der Stadt Köln führen, da die Firmen ein berechtigtes Interesse am Schutz ihres Eigentums haben müssten.

Frau Rinnenburger antwortet, dass die nicht erfolgte Eigentumsübertragung tatsächlich nicht zu direkten Mehrkosten für die Stadt Köln führen werde. Jedoch werde momentan geprüft, ob durch die Sabotage Bauzeitenverlängerungen in Kauf genommen werden müssen. Dies würde unweigerlich zu Mehrkosten bei der Stadt Köln führen. Die Wachdienstkosten gehören zur allgemeinen Umlage der Baustelleneinrichtung und werden allen zu gleichen Teilen in Rechnung gestellt. Die Fragen von Frau Möller möchte Frau Rinnenburger im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandeln.

J ö r g D e t j e n

Ausschussvorsitzender

J ö r g D e t j e n

Ausschussvorsitzender

Simone Duggan

Schriftführerin

Simone Duggan

Schriftführerin